Kurzbericht der Online-Konferenz zur naturverträglichen Energiewende am 21.04.2020

Abschlussveranstaltung des Projektes:

LE-Projekt „BIOKONAT – Biomasse im Kontext einer naturverträglichen Energiewende: Rolle, Chancen und Optionen“ des Umweltdachverbandes, das vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus und der EU gefördert wird.

Online-Konferenz zur naturverträglichen Energiewende:

Dialog-Plattform „Naturverträgliche Energiewende“: Macht sie auch in Österreich Sinn? Welche Rahmenbedingungen wären für eine erfolgreiche Plattform notwendig? Durchgeführt vom Umweltdachverband mit den Projektpartnern Umwelt Management Austria, Österreichischer Biomasse-Verband und Forum Wissenschaft & Umwelt.

Teilnehmer*innen:

- Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen des Umweltdachverbandes
- Vertreter*innen der Verwaltung
- Stakeholder*innen der österreichischen Energiewende.

Aufgrund der aktuellen Situation fand die Veranstaltung online via Zoom statt. Zusätzlich wurde noch Slido genutzt, um während der Vorträge Fragen zu sammeln und danach zu beantworten.

Während des ersten Teils der Veranstaltung (Vorträge) waren 40 Teilnehmer*innen online, während des zweiten Teils (Arbeitsgruppen) 25 Teilnehmer*innen.

Die Veranstaltung begann mit einer kurzen Begrüßung und Einführung in den Ablauf und die verwendeten Tools von **Mag. Gerald Pfiffinger** (Umweltdachverband) und der **Moderatorin Lea Kerschner, MSc.**

Teil 1: Vorträge

„Klimaschutz in Österreich“

Dr. Jürgen Schneider (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie) sprach bei seinem **Vortrag** über die aktuelle Klima- und Biodiversitätskrise sowie die Eckpfeiler einer angestrebten Energiewende. Dazu werden derzeit eine Reihe neuer Gesetze vorbereitet und bestehende überarbeitet, um den Bruttoinlandsverbrauch an Energie effektiv zu senken. Beispiele hierfür sind das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, das Energieeffizienzgesetz und die Wärmestrategie. Auch eine Revision des Klimaschutzgesetztes wird im 2. Halbjahr 2020 angestrebt. Es ist eine Verbesserung bei der Energieintensität um 25-30 % bis 2030 im Vergleich zum Jahr 2015 vorgesehen. Gerade was die Energieeffizienz und damit den Energieverbrauch betrifft, sieht Dr.

Schneider große Potenziale, zuallererst im Sektor Mobilität, wo sehr sorglos mit dem Thema Energie umgegangen wird. Verbesserungsmöglichkeiten sind einerseits durch die Abschaffung von Mobilitätszwängen gegeben, andererseits durch die Förderung elektrisch betriebener Fahrzeuge, die im Schnitt pro Kilometer deutlich weniger Energie als derzeitige benzin- und dieselbetriebene Fahrzeuge verbrauchen.

Im Gebäudesektor sieht Dr. Schneider es als realistisch an, die Sanierungsrate im Wesentlichen zu verdreifachen. Der derzeitige Energieverbrauch stagniert.

Der European Green Deal stellt eine sehr gute Basis für die europäische Wirtschaftsinnovations- und Umweltpolitik dar.

„Energiewende & Biomassenutzung – erfolgreiches Beispiel zur Konfliktbewältigung zwischen Naturschutz und erneuerbaren Energien“

Präsentation „BIOKONAT – Biomasse im Kontext einer naturverträglichen Energiewende“:

DI Christian Fraissl (Umweltdachverband) gab eine Übersicht über die Ziele und Arbeitspakete des BIOKONAT-Projektes, das vom Umweltdachverband geleitet und zusammen mit seinen Kooperationspartnern Umwelt Management Austria, Österreichischer Biomasse-Verband und Forum Wissenschaft & Umwelt durchgeführt wird. Es bündelt die Kompetenzen des Umweltdachverbandes unter Mitwirkung seiner Mitgliedsorganisationen, um Akteur*innen mit Bezug zur forstlichen Biomasseproduktion und -nutzung zu vernetzen.

Präsentation „Das Energiesystem in Österreich“:

DI Rupert Christian (Umwelt Management Austria, Forum Wissenschaft & Umwelt) erläuterte darauf das derzeitige Energiesystem in Österreich. Der Bruttoinlandsverbrauch an Energie wird zu zwei Drittel von fossilen Energieträgern gedeckt, welche direkt oder in Form von Strom zum Großteil importiert werden. Das verbleibende Drittel enthält den Großteil der heimischen Erzeugung, welche zu 81,6 % aus erneuerbaren Quellen stammt. Allen voran die Bioenergie mit 44,7 %. Das größte Potenzial hat Photovoltaik, die in den letzten Jahren zwar in ihrem Ausmaß stark anwuchs, insgesamt aber zurzeit nur 1,1 % der heimisch erzeugten Energie ausmacht.

Präsentation „Die Rolle der Biomasse in der Energiewende“:

Forstassessor Peter Liptay (Österreichischer Biomasse-Verband) ging in seinem Vortrag weiter auf das Thema Biomasse und seine Rolle in der Energiewende ein. Durch den Phase-out-Plan der Regierung für fossile Energieträger in der Raumwärme braucht es einen dementsprechenden Ersatz, der in Holz gefunden werden kann. Die derzeitige Holzgewinnung ist noch um einiges ausbaufähig, gerade im Bereich des Kleinwaldes (Waldbesitz <200 ha, meist im Bereich 0,5-10 ha).

Es ist wichtig, den Wald nicht ungenutzt zu lassen, damit er auch auf lange Sicht in Form der Substitution fossiler Energieträger und energieintensiver Baustoffe durch Holzprodukte CO_2-Emissionen reduzieren kann. Laut der Studie CareForParis wird der österreichische Wald auf Grund des Klimawandels innerhalb der nächsten 30 bis 100 Jahre (je nach Bewirtschaftung) von einer CO_2-Senke zu einer CO_2-Quelle werden. Daher ist es umso wichtiger, Emissionen zu vermeiden, indem man fossile Rohstoffe (im Energie- und Bausektor) durch Holz ersetzt.

Im Raumwärmebereich kann laut einem Szenario der TU Wien bis 2050 eine Halbierung des Energieverbrauchs erreicht werden, unter anderem durch Sanierungen und energieeffiziente Neubauten. Der Anteil von Holz an der Raumwärmeerzeugung könnte somit auf 50 % gesteigert werden, ohne dass dafür mehr Energieholz benötigt wird. Der Klimawandel führt zu einem noch nie dagewesenen Anfall von Borkenkäferholz, auch wird im Zuge des Klimawandels der Waldumbau von Nadel- zu Mischwäldern forciert. Beide Trends führen zu einem höheren Energieholzaufkommen, gerade bei Laubholz sollte der Anteil stofflicher Nutzungen erhöht werden.

Diskussion:

Bei der Diskussion über die CO_2-Speicherfunktion des Waldes wurde auf die jüngsten Buschbrände in Australien hingewiesen, die zu einem kräftigen Anstieg der CO_2-Konzentration in der Erdatmosphäre geführt haben. Es gibt Waldformationen (z.B. Taiga), die sich über natürliche Feuer verjüngen. Diese Umsetzung von gebundenem Kohlenstoff ist ein natürlicher Vorgang. Auch Urwälder werden nach Erreichen des physiologischen Alters zu einer CO_2-Quelle, weil durch die natürlichen Abbauprozesse CO_2 an die Atmosphäre abgegeben wird.

Präsentation „Waldbiodiversität im Rahmen der Biomassenutzung“:

Zum Abschluss dieser Präsentationsreihe ging **Mag. Gerald Pfiffinger** (Umweltdachverband) auf die Frage ein, wie die Bewirtschaftung von Wäldern mit dem Erhalt und der Förderung der Biodiversität vereinbar sein kann. Ein wichtiger Schritt wäre die Orientierung an künftigen klimastabilen, natürlichen Waldgesellschaften. So erhöht man nicht nur die Biodiversität, sondern auch die Klimafitness der Wälder. Um dem steigenden Bedarf an Holz und gleichzeitig dem Naturschutz gerecht zu werden, sollte man eine multifunktionale Waldwirtschaft anstreben, bei der das Biodiversitätsmanagement immer mit im Blick behalten wird. Erfahrungswerte sollen dabei beim LE-Projekt „Biodiversität und multifunktionale Bewirtschaftung im Wald“ der Österreichischen Bundesforste gewonnen werden. Ziel dieses Pilotprojektes ist es, Waldbewirtschafter*innen praxistaugliche Handlungsempfehlungen zur Förderung von Arten und Lebensräume zu geben, mit deren Hilfe sie passende Maßnahmen bei der Waldbewirtschaftung umsetzen können. Für die Pilotregion (PEFC-Region 6 „Östliche Zwischenalpen“) wird dazu auf Basis der Roten Listen Österreichs ein Leitbild erstellt. Bei Erfolg kann das Pilotprojekt mittelfristig auf ganz Österreich ausgedehnt werden.

„Plattform naturverträgliche Energiewende: Der österreichische Weg, Natur- und Klimaschutz zu vereinen?“

Mit der **Präsentation** von **Mag.ª Doris Pennetzdorfer** (Umweltdachverband) zu diesem Thema gelangte die Veranstaltung zu ihrem Kernpunkt: Der Idee der Einrichtung einer Plattform, welche den Naturschutz und die Energiewende in Einklang bringen soll. Biodiversitätsschutz und Klimaschutz hängen eng miteinander zusammen, können nur bei gemeinsamer Betrachtung effektiv angegangen werden. Um dies so reibungslos und schnell wie möglich zu vollbringen, wären Dialogprozesse und eine gemeinsame Basis notwendig. Die Plattform soll daher alle Stakeholder*innen vernetzen, um die Rahmenbedingungen einer naturverträglichen Energiewende zu erarbeiten, aufkommende Differenzen zu klären, einen gemeinsamen Informationsstand zu schaffen, faktenbasierte Information aus allen Bereichen aufzubereiten sowie zur Verfügung zu stellen und damit auf ein gemeinsames Ziel hinzuarbeiten.

Anschließend an die Präsentation wurden **Dr. Paul Ablinger** (Kleinwasserkraft Österreich), **Mag. Martin Jaksch-Fliegenschnee** (IG Windkraft Österreich) sowie **Dr. Gábor Wichmann** (BirdLife Österreich) von Mag.[a] Pennetzdorfer zur Einschätzung der Situation in Österreich und der oben beschriebenen Plattform befragt.

Interview mit Dr. Ablinger:

Wasserkraft stellt den 2. wichtigsten erneuerbaren Energieträger in Österreich dar. Es gibt ca. 4.000 Kleinwasserkraftwerke, auch viele aufgelassene Wasserrechte, 33.000 Querbauwerke (z.B. Hochwasserschutz). Der Verbau der österreichischen Flüsse ist nicht zwangsweise mit der Wasserkraft verbunden. Das naturverträgliche Potenzial ist zu 70-80 % ausgeschöpft. Die aus ökologischem Blickpunkt absolut unangreifbaren Strecken sind dabei bereits ausgenommen, das ist das verbliebene naturverträgliche Potenzial. Das technische Potenzial ist deutlich höher. Also sehe er auch im Neubau Potenzial. Laut den Zwischenergebnissen einer Studie der BOKU hat auch im bereits stark regulierten Bereich der Gewässer der Neubau teilweise sogar positive Effekte!

Grundsätzlich gibt die WRRL ein Verbesserungsgebot und Verschlechterungsverbot für den Zustand aller Gewässer vor. Insofern sind damit die Naturverträglichkeit bzw. der Schutz gegeben.

Ein Problem mit dem Naturschutz liegt sehr oft auf der Bewilligungsseite, wo nicht die Ökologie ausschlaggebend ist, sondern landschaftskonservierender Schutzgedanke: Eine über hunderte Jahre geschaffene Kulturlandschaft soll nun konserviert werden und darf nicht verändert werden.

Die geplante Dialog-Plattform wurde begrüßt, weil dadurch eine Objektivierung der Diskussion gewährleistet wird.

Diskussion:

Gerade die Auswirkungen und die Effizienz von Kleinwasserkraftwerken wurden zwischen Vertreter*innen der Wasserkraft und Vertreter*innen des Naturschutzes debattiert. NGOs sprachen sich aufgrund des bereits sehr hohen Ausbaugrades gegen den Bau von neuen Kleinwasserkraftwerken aus. Sie fürchten, so würde sich der ohnehin schlechte Zustand der Gewässer noch weiter verschlechtern. Die „Techniker“ sehen nur geringen Einfluss auf den Zustand von Gewässern und schätzen den Ausbau auf lange Sicht angesichts des nötigen Ausstiegs aus den fossilen Energieträgern als kleineres Übel ein.

Interview mit Mag. Jaksch-Fliegenschnee:

Die Berücksichtigung des Arten- und Naturschutzes bei Windkraftprojekten wurde betont. Neben der Photovoltaik hat die Windkraft das größte Potenzial unter den Erneuerbaren. Der weitere Ausbau wird durch den Windstandort, die Ökostromförderung und die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Länder beeinflusst. Österreichweit befinden sich die meisten Windkraftanlagen in Niederösterreich, im Burgenland und in der Steiermark.

Die Erzeugung der Energie soll regional erfolgen – dort, wo die Energie auch verbraucht wird. Es macht wenig Sinn, Windenergie quer durch die Landschaft vom Ort der Erzeugung zum Ort des Verbrauchs zu transportieren. Der Ausbau muss daher in ganz Österreich erfolgen, um die Wende trotz Einsparungen zu schaffen.

Die Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden wurde als relativ gut bezeichnet, die Gründung einer Dialogplattform positiv bewertet.

Interview mit Dr. Wichmann:

Windkraft wird als sichtbarster, aber nicht als einziger negativer Effekt auf die Vogelwelt wahrgenommen. So hat die Landnutzung einen noch größeren Einfluss auf Vogelpopulationen (oft sogar den Klimaeinfluss überdeckend). In Summe gebe es aber brauchbare Lösungsansätze und mögliche Kompromisse zwischen den Konfliktparteien.

Die Beteiligung einer NGO wie BirdLife Österreich an einer Dialog-Plattform würde eine gute Möglichkeit zur gemeinsamen Lösungsfindung darstellen.

„Mit uns die Energiewende naturverträglich gestalten! Das Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (Deutschland) stellt sich vor“

Präsentation „Mit uns die Energiewende naturverträglich gestalten!“:

Der erste Teil der Veranstaltung wurde von **Michael Krieger**, Geschäftsführer des Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE), mit seiner Präsentation über die Plattform KNE in Deutschland und deren Aufgaben abgeschlossen. Erklärtes Ziel des KNE ist die naturverträgliche Energiewende. Die vereinigten Kompetenzen der Plattform aus der Energiewende, dem Naturschutz, der Politik und der Wissenschaft agieren einstimmig und neutral, um Debatten zwischen den Akteur*innengruppen aus Naturschutz und Wirtschaft versachlichen zu können. Besonders die praxisrelevante Aufarbeitung von Informationen aus Wissenschaft und Recht sowie die Beantwortung von Fachfragen sind Aufgaben der Plattform. Die aufbereiteten Informationen und Kurzfassungen von langen, wissenschaftlichen Artikeln werden von der Politik und Rechtsprechung gerne verwendet, weil es für sie eine enorme Arbeitserleichterung im Umgang mit einer komplizierten Materie darstellt.

Eine weitere Hauptaufgabe ist die Vermittlung innerhalb oder zwischen den Akteur*innengruppen. Die Plattform nimmt dabei eine neutrale Position ein und ist im wesentlichen Gestalter des professionellen Dialogs und der Vermittlung in Konflikten. Dafür vermittelt das KNE speziell fortgebildete Mediator*innen zur Klärung von regionalen Konflikten.

Aktuelle Themen sind:

- Signifikant erhöhtes Tötungsrisiko
- Artenschutzrechtlicher Ausnahmetatbestand
- Flächenverfügbarkeit
- Biodiversität und Freiflächen-Solarenergie
- Schwimmende Photovoltaik.

Finanziert wird die Plattform vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, agiert aber von diesem unabhängig. Das jährliche Finanzvolumen beträgt 1,9 Millionen €. Es wurde ein Träger ausgeschrieben und in der Umweltstiftung Michael Otto gefunden, die auch den Vorsitz im Beirat innehat. Die Rechtsform ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die Idee entstand 2012, der Auftrag zur Machbarkeitsanalyse wurde 2013 erteilt, 2016 erfolgte die Gründung und Eröffnung. Vertragslaufzeit sind 4+2 Jahre (aktuelles Ende: 2022).

Teil 2: Arbeitsgruppen

Den zweiten Teil der Veranstaltung bildete die Klärung, ob und wie eine ähnliche Plattform in Österreich etabliert werden soll. Dazu gab es 3 Arbeitsgruppen, in denen unterschiedliche Fragestellungen bearbeitet und diskutiert wurden.

Arbeitsgruppe 1 (Moderation: Mag. Pfiffinger):

Macht eine Plattform auch in Österreich Sinn? Wo und wie müsste sie verankert sein, damit sie erfolgreich wird?

- Eine Plattform in Österreich macht Sinn!
- Österreichische Plattform auf Metaebene, weil konkreter und realisierbarer
- Klimaneutralität 2040 als Vorgabe akzeptieren
- Lösungsorientiertes Arbeiten, rasche Etablierung der Plattform, klarer Auftrag
- Übergeordnete Struktur und Arbeitsgruppen, Zusammenarbeit in themenspezifischen Zusammensetzungen sinnvoll
- Neutrale Plattform mit gleichberechtigten Partner*innen ist wichtig (Erneuerbaren-, Klimaschutz- und Naturschutz-Szene)
- Rund ums BMK ansiedeln
- Eventuell Startphase über gemeinsame Trägerschaften anstreben.

Das recht große zur Verfügung stehende Budget ermöglicht es dem Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE) in Deutschland auf regionaler Ebene zahlreiche extra ausgebildete Mediator*innen zur Verfügung zu stellen. Sie agiert daher als Mediations-Plattform für regionale Problemstellungen. Ob dieser Weg auch in Österreich in Frage kommt, ist auch hier eine Frage der zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Arbeitsgruppe 2 (Moderation: Mag.ª Pennetzdorfer):

Rahmenbedingungen der Plattform: Wie kann gewährleistet werden, dass sie lösungsorientiert agiert und keine Verhinderungs-Plattform der Energiewende wird? Wie kann dabei ebenso gewährleistet werden, dass der Naturschutz nicht unter die Räder kommt?

- Gleichberechtigung der Bereiche Naturschutz und Klimaschutz
- Einigung auf gemeinsame Ziele
- Lösungsorientierte Diskussionsebene etablieren
- Versachlichung der Diskussion. Beispiel Landschaftsbild: Beurteilung ist sehr subjektiv. Als Argument gegen einen Ausbau muss es zwar prinzipiell zulässig sein, jedoch darf es nicht als „Standardargument für Verhinderer“ dienen. Diskrepanz Landschaftsbild und Klimaschutz auflösen, Naturschutz soll sich nicht für Emotionalisierung vom Landschaftsschutz einspannen lassen (Glaskuppelschutz). Andererseits kann auch nicht das „übergeordnete öffentliche Interesse“ Mittel sein, naturschutzfachlich/ökologisch negativ beurteilte Projekte

durchzuboxen und damit der Naturzerstörung einen Freibrief in ökologisch sensiblen Bereichen ausstellen.
Objektive Kriterien sind zu erarbeiten!

- Wesentliche Stakeholder*innen müssen beteiligt sein: Wen braucht man? Muss man für ein Gelingen zum Beispiel die Raumordnung dazu holen? Auf welcher Ebene sind EVUs bzw. Energie-Dachverbände (Österreichs Energie) zu beteiligen?
- Expert*innentum: Einbringen der eigenen Expertise, Akzeptanz der Expertise der Gesprächspartner*innen, Lobbyinginteressen versus Expert*innentum
- Wie gelingt es, Landespolitik zu motivieren? Gemeinsame Forderungen/Positionen von Erneuerbaren und Naturschutz erzeugen, bislang wurde das nur regional umgesetzt (z.B. Nordburgenland, ging von Politik aus).
- Austausch zwischen Sektoren und Energieproduzenten, wie und wann sind Ziele zu erreichen (bis 2030), zwischen Naturschutz und Energiewende?
- Austausch zwischen Erneuerbaren-Vertretern ist gegeben über EEÖ (Dachverband Erneuerbare Energie Österreich), Vernetzung mit dem Naturschutz auf einer übergeordneten Plattform für die naturverträgliche Energiewende
- Beschleunigung erreichen durch übergeordnete Ebene (z.B. Entscheidung, können Windräder in den Alpen stehen)
- Zonierung für Regionen, gemeinsames Commitment für Klimaschutz
- Es braucht eine übergeordnete Plattform, auch Ausschlusskriterien für erneuerbare Energien können definiert werden.
- Weniger Zeit für Einzelprojekte verlieren.
- Einigung wäre bei einigen Punkten leicht möglich.
- Die Zahlen, was es für eine erfolgreiche Energiewende braucht, sind vorhanden, und sprechen deutlich dafür, dass es alle Erneuerbaren braucht: PV + Wind + Wasserkraft + Biogene.
  Werden Projekte abgelehnt, muss die negative Klimawirkung in Zahlen aufgezeigt und eine Kompensierung angestrebt werden.
- Lösungsorientiertes Zusammenarbeiten ist auch eine Ressourcenfrage: Arbeitskraft, Teilnahme an Sitzungen, Verbände ressourcenmäßig überfordert, Budget der deutschen Plattform: 2 Millionen € auf AT umgerechnet 200.000 € – 4 Leute, erlaubt nicht viel Spielraum.

<u>Arbeitsgruppe 3 (Moderation: DI Christian):</u>

Wie kann gewährleistet werden, dass Ergebnisse der Plattform von Bund und Ländern berücksichtigt werden?

- Aufgabenzuteilung durch Bundesministerium/Regierung
- Finanzierung über das BMK
- Integration von Stakeholder*innen in Plattform/Prozesse (u.a. Wissenschaft, Behörden/ Verwaltung, Länder, BIs, NGOs, Partner auf allen Ebenen etc.)
- Neutral gegenüber Dritten/Unabhängigkeit
- Meinungen Dritter werden geeint.
- Wissen wird mit anderen geteilt, Beantwortung von Fragen, keine Empfehlungen
- Plattform für professionelle Kommunikation

- Dialoggestaltung innerhalb von Akteur*innengruppen/mit mehreren Akteur*innengruppen
- Ergebnisse in bestehende Vorgaben integrieren z.B. Naturschutzgesetz(e), PEFC
- Herausforderung: politische Zustimmung auf Landes- und Bundesebene. Befürworter*innen finden, Haushaltsposten für Plattform für Bund etc.
- Unabhängigen Träger finden, losgelöst von Politik handeln, Stiftung als Träger für Start der Plattform?
- Geld für reine Existenz, Weisungsungebundenheit
- Wirtschaftliche Vorteile der Plattform kommunizieren (Schulterschluss: Naturschutz, Wirtschaft, mit Planungssicherheit über Konsensfindung für Technologien werben; weniger Arbeit für Beamt*innen – Lieferung von Information für Beamt*innen etc.)
- Die Akzeptanz der Energiewende wird nicht bearbeitet.
- Die Entscheidung für Bund/Länder wird nicht vorgegeben.
- Entscheidungshilfen in Form von Alternativen für Bund/Länder werden aufgezeigt.
- Spannungsfelder durch Kompetenzen auf Länderebene. Plattform im Schnittpunkt der Kompetenzen.
- Alle Interessensgruppen werden durch die Plattform gebündelt. Kommunikation über die Plattform.
- Hebung der Effizienzpotenziale einer naturverträglichen Energiewende
- Regionale Konfliktklärungsstrukturen – Mediator*innen zur Klärung von Konflikten
- Mediator*innen zur Beilegung von Konflikten – Einbeziehung der Plattform zur Konfliktlösung als Kommunikationswerkzeug zwischen den Beteiligten auf regionaler Ebene (vor UVP-Verfahren)
- Keine Lösung von Konflikten bei einzelnen Projekten.
- Kontaktvermittlung auf regionaler Ebene vor Projektplanung
- Berücksichtigung von Vorgaben bei den Zonierungen wie im Burgenland (Windenergie) und in Niederösterreich (Wasserkraft, Windenergie).

<u>Conclusio – Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen:</u>

Eine eigene österreichische Plattform ähnlich der in Deutschland birgt viele Vorteile.

- Sie sollte vorerst auf einer Metaebene operieren, da anfänglich nicht mit einem gleichwertigen Budget zu rechnen ist.
- Ziel ist eine rasche Realisierbarkeit und Etablierung als Anlaufstelle für alle Stakeholder*innen, um schnelles und lösungsorientiertes Arbeiten zu ermöglichen. Dabei steht das naturfreundliche Erreichen der Klimaneutralität bis 2040 an erster Stelle.
- Die Plattform wird darüber hinaus neutral agieren und alle Partner*innen (Erneuerbaren-, Klimaschutz- und Naturschutz-Szene) werden gleichberechtigt einbezogen.
- Durch das Zusammenbringen aller Akteur*innen erwartet man sich eine Beschleunigung vieler Vorgänge, vor allem bei der Einigung auf gemeinsame Ziele und Verwirklichung von Projekten. Gemeinsame Positionen/Forderungen können so viel effektiver der Politik vorgelegt werden.
- Durch die übergeordnete Ebene, welche die Plattform bildet, können auch emotional aufgeladene Themen (z.B. Landschaftsbildschutz) (wieder) zur Sachlichkeit zurückgeführt werden.

- Der Aufbau der Plattform sollte ausgehend von einer übergeordneten Struktur auf themenspezifische Arbeitsgruppen übergehen (Biomasse, Wasserkraft, Windkraft etc.).
- Man möchte die Plattform rund ums BMK ansiedeln, nicht nur der Finanzierung wegen, sondern auch, um direkt mit der Politik in Verbindung zu stehen. Dabei muss die Plattform aber unabhängig bleiben.
- Die Plattform wird viele wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen, da Naturschutz und Wirtschaft nicht mehr separat angesprochen werden müssen (Zeit- und Arbeitsersparnis für Beamt*innen).
- Informationsaufbereitung: Die von der Plattform erarbeiteten Informationen stehen für Faktenbasiertheit und würden dem Bund und den Ländern zugutekommen.
- Die Beantwortung von Fragen zur naturverträglichen Energiewende und die Bereitstellung von Informationen sollen Hauptaufgaben der Plattform sein.

Mit Unterstützung von Bund und Europäischer Union

Bundesministerium Landwirtschaft, Regionen und Tourismus

LE 14-20 Entwicklung für den Ländlichen Raum

Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums: Hier investiert Europa in die ländlichen Gebiete.